

die Sonderkommission über den wirtschaftlichen  
Leben.

## Handels und des Geldverkehrs

berichtete Abg. Lippmann (Stettin). Er führte aus, daß durch den Krieg dem Handel die schwersten Wunden geschlagen seien. Unser Überseehandel, unser Seetransportgeschäft ruhe zurzeit völlig. Der Handel im Inland sei beschränkt durch die Notwendigkeiten des Krieges, die dazu geführt hätten, ihn in Gestalt einer Reihe von Kriegsgesellschaften zu zentralisieren. Es sei ein berechtigter Wunsch des Handels, daß seine berufenen Vertreter bei der Verwaltung dieser Kriegsgesellschaften und auch bei den Einkäufen der Militärverwaltung durch Proviantämter, Bekleidungsämter und die Zentralstelle für Heeresverpflegung möglichst zugezogen würden, und zwar sowohl beratend als auch geschäftlich. Bei der Beschlagnahme einzelner Handels Güter, die durch den Krieg notwendig geworden seien, seien die Preise nicht entsprechend den Einkaufspreisen festgesetzt worden, insbesondere bei der Beschlagnahme der Reisvorräte; hier sei ein Beschlagnahmepreis konstruiert worden, der nur die Hälfte des Einkaufspreises zur Zeit der Beschlagnahme darstellte. Ähnlich lägen die Verhältnisse bei der im Eigentum deutscher Kaufleute befindlichen Wolle, die im besetzten Feindesland der Beschlagnahme durch das Reich verfallen sei. Die Preise für Zucker seien zurzeit sehr hoch; die Vorräte müßten möglichst sämtlich dem Verbrauch zugeführt werden. Es falle auf, daß in Hamburg und Danzig große Vorräte an Zucker im Freihafen lägen. Die Reichseinkaufsgesellschaft sollte mehr Rücksicht auf den eingeseffenen Handel nehmen und sich insbesondere bei ihren Einkäufen im Ausland derjenigen deutschen Firmen bedienen, die dort seit langen Jahren maßgebend seien. Die Aufhebung der Stundungen für Auslandswchsel und die Wiedereinführung der kurzen Wechselprotestfristen, die zum 1. Juni geplant sei, erzeuge Bedenken. Dagegen sei man mit der Behandlung der inländischen Filialen ausländischer Unternehmungen auf Grund der Bundesratsverordnung im ganzen einverstanden. Nach dem freiwilligen Schluß der Berliner Börse habe sich in Berlin ein freier Börsenverkehr entwickelt, der zunächst gewisse Ausschreitungen gezeigt habe, durch das Eingreifen der Banken seit Juni indessen derart geregelt sei, daß Nachteile von ihm nicht zu erwarten seien, vielmehr anerkannt werden müsse, daß auch dieser Handel jetzt den Bedürfnissen des Verkehrs, insbesondere nach fremden Devisen, und dem Geldbedürfnisse des Reiches bei etwaiger Begebung neuer Reichsanleihen zu dienen geeignet sei. Die Geldwirtschaft des Landes sei gut. Der Goldbestand der Reichsbank habe sich während des Krieges um etwa 1100 Millionen Mark erhöht, die Notendeckung von 30 auf 35 Prozent gehoben. Der Zinssatz für tägliche Gelder bei den Banken sei 2 Prozent. Bankgelder und Privatgelder seien für die Bedürfnisse des Handels reichlich vorhanden. Die Sparkassenguthaben seien im Jahre 1914 um 900 Millionen Mark gestiegen. Aus alledem folge eine gesicherte Geldwirtschaft und eine volle Sicherheit der deutschen Valuta. Die Tatsache, daß unsere Valuta im Ausland gegen Pari zurückgegangen sei, sei also durch unsere Geldwirtschaft in keiner Weise berechtigt und nur auf die Störung unserer Handelsbeziehungen mit dem Ausland infolge der Sperre durch England zurückzuführen. Zum Schluß sprach der Berichterstatter den Wunsch aus, daß mindestens die Einfuhr, soweit sie noch möglich sei, dem deutschen Handel erhalten bleiben möge und nicht etwa durch die Reichseinkaufsgesellschaft an sich gerissen werden möge.

Der Handelsminister bemerkte: Die von dem Berichterstatter erwähnte Ausschaltung des Handels werde auch von der Handelsverwaltung lebhaft bedauert, sei jedoch in den jetzigen Kriegszeiten vielfach durch die Verhältnisse begründet und kaum ganz zu vermeiden. Bei den in erster Linie in Frage kommenden Aufträgen der Heeresverwaltung handele es sich überwiegend um Lieferungs geschäfte, bei denen eine Beteiligung des Handels auch im Frieden nicht üblich sei. Die Heeresverwaltung habe sich jedoch bereit erklärt, die im Handel vorhandenen Vorräte, soweit sie sich in brauchbarem Zustand befänden und zu angemessenen Preisen zu haben wären, aufzunehmen. Bei der Einfuhr aus dem Ausland fände eine Beschränkung des Handels nicht statt. Bei den sogenannten Kriegsgesellschaften wolle er nach wie vor für eine möglichst größere Heranziehung des Handels besorgt sein. Bezüglich der Aufhebung des Wechselmatoriums machte der Handelsminister darauf aufmerksam, daß vor Entscheidung dieser Frage Handelsvertretungen gehört worden wären und daß die Nichterneuerung deren Wünsche entsprochen habe.

In der Besprechung stimmten die Mitglieder der Kommission im wesentlichen den Vorlegungen des Berichterstatters zu. Von einer Seite wurde die Regelung des Petroleumverkehrs befürwortet, von anderer Seite Vorfrage des Staates dafür gefordert, daß die Zuckerpriese im Kleinhandel möglichst niedrig gehalten würden. Ein diesbezüglicher Antrag kam nicht mehr zur Abstimmung, sondern soll in der Sitzung vom Dienstag beraten werden.